



Positionspapier

Sicherheit in der Verantwortung von Staat und Staatsbürger

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat
Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Tel.: 0 89/12 43-2 42, -2 44, Fax: 0 89/1 29 85 31
E-Mail: LS@ju-bayern.de

Plädoyer für eine moderne, in eine allgemeine Dienstpflicht integrierte Wehrpflicht

Die Sicherheitspolitik ist im Umbruch – das ist unschwer zu erkennen. Wenn ein deutscher Bundeskanzler behauptet, Deutschland sei in der Lage, größere Verantwortung für die Welt zu übernehmen und gleichzeitig der Verteidigungsminister ständig versucht, die Bundeswehr einer Reform nach der anderen zu unterziehen, um mit immer knapperen Mitteln zurecht zu kommen, müssen wir uns allerdings die Frage stellen, an welchen Gesichtspunkten sich die deutsche Sicherheitspolitik in Zukunft orientieren soll. Die Junge Union Bayern will diese Diskussion ehrlich und ohne ideologische Tabus führen. Deshalb stellen wir fest:

- Wir müssen den Herausforderungen unserer Zeit begegnen.
- Wir müssen unser Land gegen eine Vielzahl von möglichen Bedrohungen absichern. Ein willkürliches Herauspicken bestimmter Szenarien darf es nicht geben.
- Es darf keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben.
- Nur die langfristige Sicherheitslage darf die Gestalt der Bundeswehr bestimmen.
- Die Gestalt der Bundeswehr bestimmt die Wehrform und damit das Urteil über die Notwendigkeit der Wehrpflicht.

Wir stellen fest, dass es in unserer Zeit viele neue, aber auch alte Herausforderungen gibt:

- Transnationaler Terrorismus, vor dem kein Land der Welt sicher ist;
- ein mögliches Wiederaufleben des Staatsterrorismus und ein eventuelles Zusammenwachsen staatlicher und terroristischer Strukturen;
- innerstaatliche Konflikte, die in einer globalisierten Welt nicht ohne Auswirkungen auf Deutschland und Europa bleiben (unter anderem durch Migration, Handel, Rohstoffversorgung, Angriffe auf deutsche Staatsbürger);
- Proliferation von Massenvernichtungswaffen;
- asymmetrische Kriegführung einschließlich neuer Formen der Kriegführung;
- ein möglicher Angriff auf das NATO- oder EU-Territorium, der auch heute nicht völlig ausgeschlossen werden kann, und damit die Notwendigkeit der klassischen Landes- bzw. Bündnisverteidigung.

Vor diesen Hauptbedrohungen muss sich Deutschland durch eine ausgewogene und vernünftige Sicherheitspolitik schützen. Die Umstrukturierung der Bundeswehr muss sich deshalb am gesamten Spektrum potenzieller Bedrohungslagen orientieren. Um diesen Szenarien adäquat zu begegnen, schlagen wir folgende künftige Strukturierung der Bundeswehr in drei Teilen vor:

- **Einsatzarmee:** sie übernimmt das gesamte Spektrum möglicher Auslandseinsätze (u.a. Terrorismusbekämpfung, Peacekeeping, Peace Enforcement). Dafür braucht sie eine erstklassige Ausstattung einschließlich ausreichender Transportkapazitäten. Hier werden nur freiwillig Wehrdienstleistende, Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten eingesetzt. Die Bundeswehreinheiten, die der NATO Response Force und der Europäischen Eingreiftruppe zugeordnet sind, gehören ebenfalls zur Einsatzarmee.
- **Ausbildungsarmee:** sie gewährleistet die Rekrutierung und Ausbildung des Nachwuchses für die gesamte Bundeswehr und führt die allgemeine Grundausbildung durch.

- **Reservearmee:** Soldaten, die nicht in einem der anderen beiden Teile der Bundeswehr weiter dienen, bilden die *Verteidigungsreserve*, die zur Landes- und Bündnisverteidigung das notwendige Aufwuchspotenzial gewährleistet. Die *Heimatschutzreserve* gewährleistet nach dem Vorbild Frankreichs, Großbritanniens und der USA den Heimat- und Katastrophenschutz im Inland im Rahmen der grundgesetzlich zulässigen Amtshilfe, um in Krisen Bevölkerung und Infrastruktur zu schützen, und übernimmt humanitäre Einsätze im Ausland. Sie besteht aus ständig aktiven Reservisten, die sich zum Dienst in der Heimatschutzreserve mit regelmäßigen Wehrübungen und Einsätzen zur Unterstützung der Einsatzarmee verpflichten.

Trotz dieser Dreiteilung sollen die Einheit der Bundeswehr und die Durchlässigkeit zwischen den Teilen erhalten bleiben. Die Frage, wie eine solche Bundeswehr unterhalten werden kann, führt zwangsläufig zur Debatte um die Wehrpflicht. Dabei nehmen wir folgende Argumente wider den Erhalt der Wehrpflicht zur Kenntnis:

- Die Wehrpflicht ist zweifellos ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit junger Männer und hat zugleich wirtschaftliche Folgen, indem sie junge Männer zeitweise aus dem Arbeitsleben zieht.
- Die Wehrgerechtigkeit ist gegenwärtig nicht gewährleistet.
- Auch wenn viele Argumente für den Erhalt des Zivildienstes sprechen, kann dessen bloßer Erhalt die Wehrpflicht nicht legitimieren. Das kann allein die sicherheitspolitische Lage.
- Die sicherheitspolitische Lage erfordert in weiten Teilen der Streitkräfte, insbesondere im Bereich der Einsatzarmee, hochqualifizierte Spezialisten, die in wenigen Monaten Wehrpflicht nicht ausreichend ausgebildet werden können.

Aus unserer Sicht sprechen jedoch folgende Argumente für eine Beibehaltung der Wehrpflicht:

- Die Wehrpflicht garantiert eine gesellschaftliche Verankerung der Streitkräfte im Bewusstsein der Gesellschaft und zwingt damit die Politik, sich mit den Konsequenzen militärischer Einsätze verstärkt zu befassen.
- Die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses ist gerade für die Einsatzarmee, in denen viele verschiedene Qualifikationen benötigt werden, ohne die Wehrpflicht faktisch nicht möglich. Die Probleme anderer Staaten, qualifizierten Nachwuchs zu finden (z. B. USA, Großbritannien, Frankreich, Spanien), bekräftigen dies.
- Die Nachwuchsgewinnung in einer Berufsarmee wäre bei der definierten sicherheitspolitischen Lage wesentlich teurer als durch die Wehrpflicht. Zusätzlich muss beim Vergleich der Kosten berücksichtigt werden, dass sich durch einen Wegfall des Zivildienstes die Qualität von Pflege und Betreuung verschlechtern wird und entsprechende Gegenmaßnahmen die öffentlichen Haushalte stark belasten würden.
- Die Wehrpflicht garantiert einen breiten gesellschaftlichen Querschnitt in den Streitkräften. Gerade in Auslandseinsätzen braucht die Bundeswehr Soldaten mit hoher sozialer und Führungskompetenz.
- Die Wehrpflicht verhindert eine „negative Sozialauswahl“, die bei einer Berufsarmee wahrscheinlich wäre. Der Beruf eines Soldaten ist ein extremer Beruf, der sich nicht mit sämtlichen anderen Berufen vergleichen lässt. Deshalb gelten hier andere Gesetze als auf dem normalen Arbeitsmarkt. Nur die Wehrpflicht bringt viele junge Männer dazu, sich mit der Bundeswehr auseinander zu setzen. Viele Zeitsoldaten sind ehemalige Wehrpflichtige, die sich während des Grundwehrdienstes verpflichtet haben.

- Die mit der Wehrpflicht verbundene hohe Fluktuation bringt immer wieder frischen Wind in die Streitkräfte. Das sorgt für neue Ideen und eine feste Verankerung der Streitkräfte in der Bevölkerung. Die Gefahr eines „Staates im Staat“ entsteht somit erst gar nicht.
- Darüber hinaus fungiert die Bundeswehr auch als das, was man früher „Schule der Nation“ nannte. Mit dem Wehrdienst werden Tugenden vermittelt, die immer weniger verbreitet und trotzdem nicht überholt sind. Hierzu zählen z.B. Disziplin, Bescheidenheit, sportliche Leistungsfähigkeit und Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen. Ein weiteres Ziel ist es, in unserer Gesellschaft einen leichtfertigen Umgang mit militärischen Mitteln zu verhindern.
- Nur die Wehrpflicht kann über ihre Reservisten Vertreter verschiedenster Berufsgruppen kostengünstig bereitstellen, die bei Auslandseinsätzen als Spezialisten benötigt werden (z.B. Ärzte, Bauingenieure, Klimatechniker etc.).
- Nur die Wehrpflicht mit der mit ihr verbundenen Aufwuchsfähigkeit durch die Reserve gewährleistet die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung.
- Eine kurzfristige Wiedereinführung der Wehrpflicht bei entsprechender konkreter Gefährdungslage wäre politisch undenkbar und strategisch kontraproduktiv, indem sie als aggressives Signal aufgefasst werden könnte.

Unter sorgfältiger Abwägung dieser Argumente spricht sich die Junge Union Bayern für die grundsätzliche Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht aus. Allerdings fordern wir eine moderne Ausgestaltung des Wehrdienstes. Dazu gehören für uns:

- Es muss wieder mehr Wehrgerechtigkeit geben.
- Der Wehrdienst muss v.a. Ausbildung für den weiteren freiwilligen Dienst in anderen Teilen der Bundeswehr und für die Landes- und Bündnisverteidigung sein, kein bloßes Absitzen.
- Die Wehrdienstdauer darf sich nur am Kriterium der Ausbildungsqualität orientieren. Der Grundwehrdienst soll eine qualitativ hochwertige Grundausbildung beinhalten. Dafür reichen sechs Monate aus.
- Die Möglichkeiten, den Wehrdienst abschnittsweise zu absolvieren, müssen verbessert werden.
- Nach Möglichkeit muss die zivilberufliche Qualifikation bereits im Grundwehrdienst berücksichtigt werden.
- Nach dem Grundwehrdienst müssen die Möglichkeiten verbessert werden, militärische und zivile Qualifikationen der Reservisten auf freiwilliger Basis weiter für die Bundeswehr nutzbar zu machen. Die Förderung im Rahmen des Lehrgangsangebotes für Reservisten und der freiwilligen Reservistenarbeit muss sich dabei stärker als bisher am neuen Aufgabenspektrum der Bundeswehr orientieren. Beispielsweise muss in Zukunft statt der Reservistenarbeitsgemeinschaft Modellbau die Vorbereitung auf Auslandseinsätze verstärkt gefördert werden.

Um die Wehrgerechtigkeit wieder herzustellen, soll jeder männliche Jugendliche in Form der Allgemeinen Dienstpflicht einen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Wir wollen dabei den Dienst für Sicherheit in Bundeswehr oder Bundesgrenzschutz den sozialen und ökologischen Diensten gleichstellen. Indem alle Männer einen gesellschaftspolitischen Beitrag leisten, wachsen auch die Chancen für ein größeres Verantwortungsbewusstsein und eine bessere Identifizierung mit dem Gemeinwesen.

Für die Junge Union Bayern ist es wichtig, dass der Dienst in allen Formen der Allgemeinen Dienstpflicht vergleichbare Bedingungen bietet. Dies gilt u.a. auch für die Bezahlung und die Länge des Dienstes.

**Erarbeitet vom Arbeitskreis Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
Internationale Kommission**

AK-Leitung: Dr. Christoph Israng & Carolin Opel

Projektleitung: Dr. Christoph Israng & Maximilian Benner

Beschlossen vom Landesausschuss der JU Bayern am 28.11.2003